

Projekt „Organisationsreform der Arbeitsverwaltung und neue Maßnahmen für Arbeitslose: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“ (WiL 804 A)

Ariadne Sondermann, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Olaf Behrend

Überzählige als Teil der Arbeitsgesellschaft

Discussion Paper No. 9 (2., überarbeitete Fassung)
Siegen 2007

Kontakt:
Wolfgang Ludwig-Mayerhofer, Olaf Behrend, Ariadne Sondermann
Universität Siegen, Fachbereich 1
57068 Siegen
E-Mail: Nachname@soziologie.uni-siegen.de
<http://www.fb1.uni-siegen.de/soziologie/forschung/arbeitsagenturen.html>

© Entwurf – bitte nicht ohne Zustimmung von Autor/in/n/en zitieren.
Draft – please do not quote without obtaining permission from the author(s)

Überzählige als Teil der Arbeitsgesellschaft

Zusammenfassung

Wie gehen Arbeitslose mit ihrer Situation materieller Armut um? Entwickeln sie tatsächlich spezifische Normen und Deutungsmuster, mit denen sie sich von der Mehrheitsgesellschaft unterscheiden?

Das Diskussionspapier präsentiert einige Ergebnisse aus dem Projekt „Organisationsreform der Arbeitsverwaltung und neue Maßnahmen für Arbeitslose: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“, die zur empirischen Klärung dieser Fragen beitragen sollen. Ein wichtiger Aspekt ist die Rolle, die Kinder von Arbeitslosen spielen. Sowohl ihre Konsumwünsche als auch die elterliche Sorge um ihre berufliche Zukunft tragen dazu bei, in besonderer Weise mit gesellschaftlich geteilten Wertmaßstäben verbunden zu bleiben. Ein zweiter wichtiger Befund ist jedoch auch, dass Arbeitslose ohnehin an dem zentralen Deutungsmuster teilhaben, welches gesellschaftliche Teilhabe an die Voraussetzung von Erwerbsarbeit knüpft, und aus diesem Grund nicht zuletzt unter ihrer Selbststigmatisierung leiden. Wir schließen daher mit dem Ergebnis, dass sich die These subkultureller Orientierungen nicht bestätigt.

Abstract

This paper presents some conclusions from our project “Reform of the German Public Employment Service (PES) and new measures for the unemployed: Social inequality and chances for participation of unemployed people”. The specific questions we discuss in this paper are: How do unemployed people deal with their situation of material deprivation? Do they develop values and frames of reference which set them apart from mainstream society? Based on qualitative, open-ended interviews with over 50 unemployed people in Germany we find that the unemployed people’s offspring play a key role in the perception and evaluation of their situation. Both the children’s demand for consumer goods and parent’s fear about the children’s future contribute to the fact that unemployed parents adhere closely to central values of society. The data also show that unemployed people share the general frame of reference according to which paid work is the essence of participation in (or inclusion into) society and that they therefore blame themselves for being unemployed. Hence we do not confirm the assumption of sub-cultural orientations.

Überzählige als Teil der Arbeitsgesellschaft

Begriffe wie *Überzählige* oder *Überflüssige* werden seit einiger Zeit in Diagnosen der Gegenwartsgesellschaft verwendet, um die gesellschaftliche Position von Gruppen wie Langzeitarbeitslosen oder bildungsarmen Jugendlichen zu kennzeichnen. Gemeinsam ist diesen Gruppen ein Mangel an (unter den gegenwärtigen Arbeitsmarktbedingungen) verwertbarem kulturellem Kapital und die damit verbundene Erfahrung, mit einem mehr oder weniger verschlossenen Arbeitsmarkt konfrontiert zu sein. Daran schließt sich häufig die Frage an, wie die Betroffenen ihre Situation in Handlungsstrategien und Wertorientierungen verarbeiten. Von zentralem Interesse ist hier zumeist, ob und inwieweit sie sich mit ihren Zielen und Wertvorstellungen noch an einer Integration in die *Arbeitsgesellschaft* orientieren, von der sie dauerhaft ausgeschlossen scheinen (vgl. u.a. Doerre 2006). Angesichts der öffentlichen Debatte über die Entstehung einer ‚neuen Unterschicht‘ und oftmals generalisierender Darstellungen und Zuschreibungen gewinnt eine solche Betrachtung aktuell noch an Bedeutung.

Unser Beitrag hat zum Ziel, diese Diskussion mit Ergebnissen einer Untersuchung arbeitsloser Leistungsempfänger zu bereichern. Wir wollen zeigen, dass Arbeitslose auch bei zunehmender Hoffnungslosigkeit Teil der Arbeitsgesellschaft bleiben, und dies nicht allein mit Blick auf die Aktivierungsansinnen der Arbeitsverwaltung, sondern auch mit Blick auf ihre eigenen Orientierungen und Deutungsmuster, die sie an den grundlegenden gesellschaftlichen Konsens über die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit binden. Besonders herausarbeiten wollen wir die Bedeutung von Kindern – ein Aspekt, der in den sozialwissenschaftlichen Diskursen zu den Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf Familien über die Analysen von Kinderarmut hinaus bisher nur eine marginale Rolle spielt. Die Familie wird zwar seit etwa Mitte der 1980er Jahre verstärkt in Studien zur Verarbeitung von Arbeitslosigkeit berücksichtigt, um das vorherrschende Bild des „Arbeitslosen-Robinson“ (Hornstein 1988) zu korrigieren; meist geht es aber um Fragen, die das soziale System der Familie, genauer: die Folgen der Arbeitslosigkeit für das Familienklima betreffen. Der Einfluss von Kindern auf ihre Eltern ist dabei durchaus ein wichtiges Thema. Durch den Fokus auf den innerfamiliären Zusammenhalt wird jedoch vor allem ihre be- oder entlastende Rolle bei der elterlichen Bewältigung der Arbeitslosigkeit betrachtet und weniger ihre Bedeutung für deren Orientierung an den Normen der Mehrheitsgesellschaft.

Unser Datenmaterial sind leitfadengestützte Interviews mit Arbeitslosen zwischen 30 und 40 Jahren aus dem Forschungsprojekt „Organisationsreform der Arbeitsverwaltung und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“.¹ Zentrales Thema ist die Krise der Arbeitslosigkeit, die in Beziehung zu den Erfahrungen mit den Fachkräften der Arbeitsagenturen und ARGE n, aber auch dem alltäglichen Umgang mit materieller Armut und eigenen Deutungsmustern gesetzt wird. Obgleich auch Arbeitslose aus dem Regelkreis des SGB III interviewt wurden, beziehen sich unsere nachfolgenden Ergebnisse zu den ‚Überzähligen‘ allein auf die Interviews mit Personen, die Arbeitslosengeld II (also das sog. „Hartz IV“) beziehen. Die Beschränkung unserer Daten auf die genannte Altersgruppe ist bei der Interpretation unserer Analysen im Auge zu behalten.

1 Die zentrale Bedeutung von Erwerbsarbeit in den Deutungsmustern Arbeitsloser

Ein wesentliches Ergebnis der Auswertungen ist, dass auch Empfänger von ALG II, die schon länger und häufig nicht zum ersten Mal arbeitslos sind, die Normen der Arbeitsgesellschaft teilen und an dem nach wie vor wirkungsmächtigen Deutungsmuster partizipieren, Lohnarbeit sei zentrale Voraussetzung für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe.

Dieses für die aktuelle Diskussion über alternative Wertorientierungen entscheidende Ergebnis bedeutet nun jedoch nicht, dass sich keinerlei Unterschiede zwischen den Klienten der Agenturen für Arbeit, die erst vergleichsweise kurz arbeitslos sind, und den Beziehern von ALG II feststellen ließen. Bei letzteren zeigt sich durchaus eine oftmals geringere Hoffnung auf eine Rückkehr in ein ‚Normalmodell‘ von Erwerbsarbeit, also in eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt, durch die der Lebensunterhalt bestritten werden kann.

¹ Das Projekt wird an der Universität Siegen durchgeführt und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit gefördert. Aus der ersten Befragung (Sommer 2005) liegen uns 58 Interviews mit Arbeitslosen vor, die etwa zu gleichen Teilen den Regelkreisen von SGB III und SGB II unterstanden. Im Sommer 2006 wurde mit 27 von ihnen – in erster Linie denjenigen, die nach wie vor arbeitslos waren – ein Folgeinterview durchgeführt. In unserer verdichteten Ergebnispräsentation können wir nur auf einen sehr kleinen Teil der Befragten direkt Bezug nehmen. – Unser Dank gilt den Projektmitarbeitern des IAB für die Interviewdurchführung und allen Interviewpartnern dafür, dass sie sich die Zeit für die Befragung nahmen.

1.1 *Auf der Suche nach einer letzten Chance*

„Am ersten Oktober werden es drei Jahre wo ich ohne Arbeit dastehe, und das ist schon, ich mach mir keine Hoffnung, obwohl ich immer auf Arbeitssuche bin, auch weil ich jetzt bei der BBQ beschäftigt bin, such ich trotzdem weiter ne. Aber leider bisher ohne Erfolg.“ (2006 8_AL-SGBII_3, Z. 278-283)

Die maßgeblichen Gründe für diese geringere Orientierung an einem solchen Normalmodell werden in dem vorstehenden Zitat bereits angedeutet. Es stammt aus dem Interview mit Frau Paschke, die mit ihrer Erwerbsbiographie einen recht typischen Fall repräsentiert: Durch den Niedergang eines ehemals zentralen Industriezweigs ihrer Region verliert sie nicht nur ihre Stelle, sondern auch die Möglichkeit, ihr sehr spezifisches und damit ‚unflexibles‘ kulturelles Kapital auf dem Arbeitsmarkt nutzen zu können – eine Erfahrung, die sie, aus Südwestdeutschland stammend, mit Arbeitslosen aus den neuen Bundesländern teilt, deren zu DDR-Zeiten erworbene Qualifikationen häufig mit der Wende wertlos wurden. Nach einem Wechsel zwischen Arbeitslosigkeit und prekären Beschäftigungsverhältnissen ist Frau Paschke nun seit mehreren Jahren arbeitslos und hat eigentlich „keine Hoffnung“ mehr auf eine reguläre Stelle. Neben dem Gefühl der Perspektivlosigkeit, das aus den zahlreichen Absagen der letzten Jahre resultiert, ist bei ihr – wie auch vergleichbaren Fällen – eine deutlich ambivalente Haltung gegenüber dem ersten Arbeitsmarkt zu finden: Bleibt der Wunsch nach einer regulären Stelle einerseits bestehen, wächst mit Blick auf die eigenen Fähigkeiten andererseits die Unsicherheit darüber, dem regulären Erwerbsleben überhaupt noch gewachsen zu sein. Das eigene Alter, die zeitliche Distanz zum letzten Arbeitsplatz und damit verbundene Befürchtungen, die einstige Stressresistenz verloren zu haben oder ohne das vertraute Arbeitsumfeld überfordert zu sein, spielen als Faktoren dabei ebenso eine Rolle wie die Ungewissheit über die tatsächlichen Anforderungen potentieller Arbeitgeber, die sich noch verstärkt, weil Absagen zumeist nicht begründet werden.

Vor diesem Hintergrund wird es plausibler, warum sich Langzeitarbeitslose häufig an Nebenbeschäftigungen oder Ein-Euro-Jobs orientieren. Bezöge man nicht ihre subjektive Perspektive mit ein, könnte man zu dem Schluss kommen, Langzeitarbeitslose tendierten zu Orientierungen jenseits regulärer Erwerbsarbeit. Doch für Menschen, die hinsichtlich des eigenen ‚Könnens‘ verunsichert sind, stellen solche Beschäftigungsformen eine nahe liegende, manchmal auch die letzte, Möglichkeit dar, den Anschluss an das Erwerbsleben zu behalten und die eigene Arbeitsbereitschaft unter Beweis zu stellen. Solche Motive verweisen deutlich auf die Partizipation an dem Deutungsmuster, nach dem Lohnarbeit die wesentliche Voraussetzung für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe ist.

Kehrt man zu dem Eingangszitat von Frau Paschke zurück, zeigt sich ein weiteres Argument für die enge Orientierung an den Normen der Arbeitsgesellschaft: Indem sie davon spricht, sich trotz ihrer Beschäftigung „bei der BBQ“ – einer Arbeitsgele-

genheit bei einem öffentlichen Beschäftigungs- und Qualifizierungsträger – zu bewerben, wird gleichzeitig eine Deutung dieser Tätigkeit als Übergangsstadium sichtbar, die auch andere der Interviewten mit dem sekundären Arbeitsmarkt oder mit einer eingeschränkten Erwerbstätigkeit über Mini-Jobs verbinden. Obgleich die Erfolgsaussichten, über diese Beschäftigungsverhältnisse eine reguläre Stelle zu bekommen, unterschiedlich und oftmals skeptisch eingeschätzt werden, bleibt der erste Arbeitsmarkt zumeist als Maßstab für die Handlungsstrategien und Orientierungen bestehen – ein Ergebnis, das die These einer umfassenderen Entkopplung im Sinne einer nur mehr „inszenierten Integration“ (Dörre 2006) durch Arbeitslose präzisieren kann. Ebenso könnten wir anhand unseres Datenmaterials auch die Kritik am *Modus der sekundären Integration* (Land/Willisch 2006) ergänzen, also an einer Integration über AB-Maßnahmen oder Arbeitsgelegenheiten. Indem diese Kritik stärker von einer Vorgängigkeit arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Diskurse ausgeht, die die defizitäre Selbsteinschätzung der Klienten und die Kategorie der ‚Überflüssigen‘ erst produzierten, vernachlässigt sie in einem wichtigen Punkt die Perspektive von Arbeitslosen: Diese streben nach erfolglosen Bewerbungen selbst eine solche Form der Integration an, um sich von dem Gefühl der Nutzlosigkeit – dem Status des ‚Überflüssigseins‘ – zu entlasten und wenigstens in diesem Rahmen die Normen der Arbeitsgesellschaft erfüllen zu können.

1.2 Die Prozesse von Selbst- und Fremdstigmatisierung

„also dann am Monatsende [...] hatte ich im Durchschnitt runde sechshundert Euro [...] Aber ich war, ich hab mich jefreut drüber, ich sag, ich muss nicht zum Arbeitsamt, ich sach, ich kann, wenn mich jemand trifft, da ich kann schlecht sagen, ach ich hab noch Arbeit, ich geh arbeiten“ (9_AL-SGBII_3, Z. 174-184)

Neben erfolglosen Bemühungen und einer wachsenden Verunsicherung über die eigene ‚Employability‘ spielt bei der Krise der Arbeitslosen die Angst vor Fremdstigmatisierung eine wichtige Rolle, die auch in dem Eingangszitat von Frau Sander, einer gelernten Verkäuferin aus Sachsen-Anhalt, zum Ausdruck kommt. Sie betont dort einen Vorteil ihrer letzten Erwerbstätigkeit, der ungeachtet des trotz Vollzeitstelle und zusätzlicher Überstunden geringen Einkommens „am Monatsende“ für sie wesentlich war und nach wie vor ist: Sie musste nicht „zum Arbeitsamt“ gehen und lief somit nicht Gefahr, für Andere als Arbeitslose sichtbar zu werden. Diese Angst vor Fremdstigmatisierung ist ein wesentlicher Grund für die Interviewten, sich verstärkt in den Rahmen der Familie zurückzuziehen. Sie lässt sich auch in Orten mit hoher Arbeitslosigkeit finden, in denen Menschen, die nicht am Erwerbsleben teilhaben, keine Ausnahme darstellen.

Antizipierte Stigmatisierung kann also zu eingeschränkter Reichweite sozialer Kontakte führen (vgl. Kronauer 2002). Wie sehen aber die komplexen *Prozesse* von Selbst- und Fremdstigmatisierung aus? Die Interviews zeigen deutlich, dass die eigene Partizipation an dem Deutungsmuster *gesellschaftliche Teilhabe qua Erwerbsarbeit* gleichzeitig die zentrale Ursache für eine verbreitete *Selbststigmatisierung* ist, durch die die Angst vor einer Abwertung durch Andere – auch ohne entsprechende negative Erfahrungen – maßgeblich befördert wird. Dass sich die häufig virulente Selbststigmatisierung nicht allein auf öffentliche Diskurse zurückführen lässt, in denen die Legitimität des Leistungsbezugs verstärkt in Zweifel gezogen und Arbeitslosigkeit zu einer Sache der individuellen Verantwortung wird, zeigt ein näherer Blick auf die Unterscheidung von ‚willigen‘ und ‚unwilligen‘ Arbeitslosen, die von vielen der Interviewten vorgenommen wird. Sie teilen damit ein Bewertungsschema, das sich an der ‚richtigen‘ arbeitsethischen Einstellung orientiert und auch bei der gegenwärtigen Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik eine wesentliche Rolle spielt. Bei vielen der Interviewten geht damit eine Stigmatisierung früherer Sozialhilfeempfänger einher, die ihre Arbeitsbereitschaft nicht gleichermaßen durch frühere Beitragszahlungen ‚bewiesen‘ haben.

Vor diesem Hintergrund ist die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für sie mit einer Krise verbunden, die über den Verlust des materiellen Stuserhalts hinausgeht: Denn aus Frau Sanders Sicht wird dadurch eine wesentliche Grenze verwischt, was die Angst vor Fremdstigmatisierung verstärkt und sie mit dem Dilemma konfrontiert, ihre Arbeitsbereitschaft nicht mehr länger durch die Zugehörigkeit zu der ‚richtigen‘ Kategorie beweisen zu können:

„Ich denk mal, dass die mich da mit reinstecken und sagen, die ist jetzt zu Hause und will nicht arbeiten gehen. Die sehen das ja nicht, dass man sich bewirbt, dass man sich Mühe gibt.“ (2006 9_AL-SGBII_3, Z. 426-429)

2 Die elterliche Sorge als Verbindung zur Arbeitsgesellschaft

Neben der individuellen Teilhabe an dem genannten zentralen gesellschaftlichen Deutungsmuster stellen Kinder von Arbeitslosen eine wichtige Verbindung zu den Normen der Arbeitsgesellschaft dar. Wenn es im Folgenden um den Aspekt der Sorge geht, wird damit nicht die sinnstiftende Funktion von Kindern in Abrede gestellt, die auf der Ebene des alltäglichen Handelns zu einer gewissen Entlastung von der Krise der Arbeitslosigkeit führen kann, indem mit den Aufgaben von Fürsorge und Erziehung alternative Möglichkeiten der Bewährung und Alltagsstrukturierung vorhanden sind. In vielen der Interviews mit arbeitslosen Elternteilen – insbesondere Müttern – ist jedoch auch die Befürchtung spürbar, die Kinder könnten über die soziale Lage ihrer Eltern nicht hinausgelangen. Die elterliche Fürsorge wird so in starkem Maße mit der Aufgabe verknüpft, den Kindern dazu zu verhelfen, aktuell

nicht als Kind von Arbeitslosen erkennbar zu sein, und ihnen darüber hinaus die Chancen auf ein besseres Arbeitsmarktschicksal zu eröffnen

Bleiben Eltern durch dieses Ziel verstärkt mit den Normen und Anforderungen der Mehrheitsgesellschaft verbunden, treffen sie bei der Bewältigung dieser Aufgabe auf spezifische Herausforderungen, die aus ihrer Arbeitslosigkeit resultieren – eine Ambivalenz, die die Sorge um die Kinder gleichzeitig verursacht wie verstärkt.

Vor eine besondere Herausforderung sehen sich arbeitslose Eltern nicht zuletzt durch ihre geringen finanziellen Mittel gestellt. Das erhöhte Armutrisiko arbeitsloser Familien ist zwar vielfach belegt. Trotzdem muss der Befund, dass alltägliche und notwendige Ausgaben für Kinder auch nach der Einführung von Arbeitslosengeld II Eltern oftmals überfordern, hervorgehoben werden, wurde von politischer Seite doch der Anspruch vertreten, den tatsächlichen Bedarf bei der Festlegung der neuen Regelsätze ausreichend zu berücksichtigen. Allein stehende Arbeitslose können sich mitunter von Konsumstandards distanzieren und diese Werten wie etwa der ‚unbezahlbaren‘ Verbundenheit mit ihrer Region unterordnen. Arbeitslose Eltern sind hingegen von der Sorge bestimmt, ihre Kinder könnten durch die Sichtbarkeit der materiellen Armut zu Außenseitern in der Schule und im Freundeskreis werden. Auf diese Weise bleiben die Konsumstandards der Mehrheitsgesellschaft für sie ein wichtiger Maßstab, auch wenn sie diesem nicht (mehr) gerecht werden können.

Arbeitslose Eltern können diese Gleichzeitigkeit von Drinnen und Draußen, die mit einem Leben am Rande der Konsumgesellschaft verbunden ist, nicht auflösen und suchen nach Wegen, die Partizipationsmöglichkeiten ihrer Kinder zu vergrößern. Dabei greifen sie nicht zuletzt auf die finanzielle Unterstützung durch ihre eigenen Eltern zurück, die häufiger noch eine Normalerwerbsbiographie realisieren konnten und daher über eine Rente verfügen, die es ermöglicht, ihre Enkelkinder zu unterstützen. Die innerfamiliäre subsidiäre Unterstützung, die wieder verstärkt als Lösung für die Probleme des Sozialstaates propagiert und im Falle des Bezugs von Arbeitslosengeld II oftmals existentiell notwendig wird, ist jedoch keinesfalls unproblematisch. Insbesondere Arbeitslose, die die finanzielle Unabhängigkeit von den Eltern eng mit der Definition ihrer eigenen Autonomie verknüpfen, nehmen die neuerliche Abhängigkeit als erzwungenen Rückschritt in die Adoleszenz wahr – ein krisenhaftes Spannungsverhältnis aus Dankbarkeitsverpflichtung und Selbstlegitimation, das sich zusätzlich verstärkt, wenn die ‚helfenden Eltern‘ selbst über keine Erfahrungen mit Arbeitslosigkeit oder beruflichem Abstieg verfügen und ihre arbeitslosen Kinder – explizit oder implizit – mit dem Maßstab der einstigen beruflichen Normalbiographie konfrontieren.

Neben der Sorge um die materielle Teilhabe der Kinder ist deren schulischer und beruflicher Werdegang ein wichtiges Thema in den Interviews, ist dieser doch entscheidend dafür, die Lage der Eltern *langfristig* überwinden zu können. Der schulische Erfolg wird dementsprechend als wichtige Aufgabe der Eltern gedeutet, der die

eigenen Bemühungen um einen neuen Arbeitsplatz im Zweifelsfall untergeordnet werden müssen, um die Kinder angemessen betreuen zu können: Wenn Stellenangebote mit als zumutbar definierten Bedingungen wie langen Anfahrtswegen oder ungünstigen Arbeitsbedingungen abgelehnt werden, bedeutet dies nicht, dass die Eltern (insbesondere Mütter) sich von den Normen und Anforderungen der Arbeitsgesellschaft distanzieren. Vielmehr wollen sie durch ausreichende Zeit für ihre Kinder *deren* Partizipationschancen als Arbeitsbürger erhöhen.

Elterliche Anstrengungen für die Zukunft der Kinder sind auch in der Übergangsphase zwischen Schule und Berufseinstieg erforderlich:

„und wenn ich dann manchmal sehe, wieviel ich im Monat verfahren habe nur Straßenbahn [...] nur um die eine Lehrstelle da zu kriegen, ja aber wer macht das nicht“ (2006 11_AL-SGBII_7, Z. 348-352)

Frau Schneider, von der diese Äußerung stammt, bezieht sich damit auf ihre Bemühungen, ihren Sohn nach Abschluss der Hauptschule bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz aktiv zu unterstützen. Sie sah diese Bemühungen allerdings durch die eigene Arbeitslosigkeit und die ihres Mannes gefährdet: Da das Lehrlingsgehalt bei den Leistungen für die familiäre Bedarfsgemeinschaft als Einkommen angerechnet wurde, verringerte sich die Motivation ihres Sohnes, die Lehrstelle überhaupt anzutreten. Seinen ja durchaus altersadäquaten Wunsch, durch ein erstes eigenes Einkommen einen Autonomiegewinn gegenüber den Eltern zu erzielen, sieht Frau Schneider durch die Arbeitsmarktpolitik frustriert:

„die sagen doch von alleine schon: ‚Mutti, was soll das, dir wird’s abgezogen, ich habe davon nichts, also gehe ich doch gar nicht hin‘ [...] ja, so ist das, und dann regen die sich aber auf, dass die Jugendlichen nicht gewillt sind“ (2006 11_AL-SGBII_7, Z. 333-339)

Die Probleme, die aus der arbeitsmarktpolitischen *Refamiliarisierung* der Arbeitslosigkeit resultieren, zeigen sich auch im Falle von Frau Sauerbach, deren Tochter nach Beendigung ihrer Ausbildung keinen Arbeitsplatz fand und daraufhin wieder bei den Eltern einziehen musste. Hatte sie ihre Tochter während der Ausbildung trotz Problemen mit dem Chef zum ‚Durchhalten‘ motiviert, sieht sich Frau Sauerbach nun mit der Situation konfrontiert, dass ihre Tochter mit 21 Jahren durch die Erhöhung der Altersgrenze für einen von der elterlichen Bedarfsgemeinschaft unabhängigen Leistungsbezug in den Status einer Jugendlichen rückversetzt und dadurch zusätzlich demotiviert wird:

„des is eben unheimlich schwierig, denn mit 21 hat ma ja auch seine Vorstellungen dann schon wie man sein Leben gestalten will oder was weiß ich, und dann hat man bloß das kleine Zimmer, alles andere muss man ja zusammen benutzen, da gibt’s dann schon mal Reibungspunkte, ne [...] dann muss man

sich wieder daheim unterordnen, das ist dann doch nicht so einfach ne, dort war sie ihr eigener Herr“ (2006_9_AL-SGBIII_13, Z. 275-286)

3 Fazit

Arbeitslose Eltern, die die Unabhängigkeit ihrer Kinder fördern wollen, sind auch durch arbeitsmarktpolitische Regelungen in ihren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt; hierin unterscheiden sie sich deutlich von Eltern aus der Mittelschicht, die ihren Kindern nicht nur vielerlei Formen externer Unterstützung, sondern auch die notwendigen finanziellen Mittel für einen Auszug aus dem Elternhaus zur Verfügung stellen können. Durch die virulente Sorge um die Zukunft ihrer Kinder partizipieren sie aber im gleichen Ausmaß an der (neuerdings noch forcierten) Norm, den Anforderungen des Arbeitsmarktes möglichst gerecht zu werden. Vor dem Hintergrund der Diskussion über eine *Defamiliarisierung*, mit der eine Vererbung ungleicher Bildungschancen vermieden und die ‚Employability‘ benachteiligter Kinder verbessert werden sollen (vgl. u.a. Esping-Andersen 2004), ist dieses Ergebnis nicht unwesentlich. In medialen Diskursen dominieren heute eher Bilder von Eltern, die ihre Kinder vernachlässigen, Bilder, die eine Distanz der Überzähligen gegenüber den Wertorientierungen der Mehrheitsgesellschaft nahe legen. Anhand unserer Interviews lassen sich solche Bilder *nicht* belegen. Unabhängig davon, inwieweit dies tatsächlich gelingen kann, sind die Eltern vor allem darum bemüht, ihren Kindern dazu zu verhelfen, es einmal besser zu haben.

Ebenso kehren sich die Arbeitslosen nicht von den gängigen Konsumstandards ab, obgleich die eigene finanzielle Situation dazu führt, diesen kaum in annähernd ebenbürtiger Weise gerecht werden zu können. Indem sie befürchten, die Kinder könnten aufgrund der eigenen Arbeitslosigkeit stigmatisiert werden, bleiben arbeitslose Eltern mit dem Maßstab der Konsumwünsche der Mittelschicht verbunden, die von Mitschülern oder Bekannten repräsentiert werden. Mit Blick auf ihre eigene ökonomische Situation geht es ihnen allerdings vor allem um die Sicherheit, ihren sehr bescheidenen Lebensstandard beibehalten zu können, und kaum noch um den Wunsch, in der Zukunft wieder dauerhaft an den Konsummöglichkeiten der Mittelschicht teilhaben zu können. Unterstellt man letztere – trotz einer Pluralisierung von Lebens- und Konsumstilen – als gesellschaftlich geteilten Maßstab, kann man in eingeschränkter Weise von einer alternativen Orientierung sprechen. Diese ist wiederum das Ergebnis von Ängsten, durch weitere Kürzungen sozial noch mehr abzustiegen, und somit eng mit der Abhängigkeit von Transferleistungen verknüpft, die in öffentlichen Diskursen mitunter wegen ihrer vermeintlich großzügigen Höhe und fehlenden Anreizfunktion für Arbeitslose mit Skepsis betrachtet werden.

Darüber hinaus, und dieser Punkt ist noch wesentlicher, partizipieren alle Interviewten unabhängig von ihrer familiären Situation an dem Deutungsmuster, Erwerbsar-

beit sei die Voraussetzung für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe – eine Form der Bindung an die Arbeitsgesellschaft, die gleichzeitig eine zentrale Ursache für die mit der Arbeitslosigkeit verbundene Krise ist. Stellt dieser Befund ein Korrektiv zu einer Deutung dar, nach der Arbeitslose sich zunehmend von dem Prinzip der Leistungsbereitschaft entkoppeln, um sich in ihrer Situation dauerhaft einzurichten, ergänzt er auch eine Perspektive, die sich kritisch mit den Arbeitsmarktreformen und der zunehmenden Forderung an Arbeitslose beschäftigt, im Sinne einer Gemeinwohlorientierung eine Gegenleistung für ihre Unterstützung zu erbringen (vgl. u.a. Lessenich 2003). So sehr diese Kritik berechtigt sein mag, geht sie doch teilweise an den Perspektiven der Arbeitslosen vorbei, die vielfach just diese arbeitsmarktpolitische Ausrichtung teilen: Fühlen sie sich auch durch einzelne Aspekte – zu nennen wären hier erhöhten Anforderungen an Mobilität – in ihren Ansprüchen auf eine wenigstens teilweise selbstbestimmte Lebensführung eingeschränkt, bezieht sich ihre Kritik weniger auf die an sie herangetragenen Forderungen als auf die mangelnde *Förderung* ihrer Reintegration in den Arbeitsmarkt.

4 Literatur

- Dörre, Klaus (2006): Prekäre Arbeit und soziale Desintegration. In: APuZ (40-41): 7-14
- Esping-Andersen, Gøsta (2004): Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat. In: Zeitschrift für Sozialreform (1-2): 189-210
- Hornstein, Walter (1988): Vater ist arbeitslos – Was passiert in der Familie? In: DJI (Hrsg.): Wie geht' s der Familie? Ein Handbuch zur Situation der Familien heute. München: Kösel-Verlag. S. 259-268
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/New York: Campus-Verlag
- Land, Rainer/Willisch, Andreas (2006): Die Probleme mit der Integration. Das Konzept des „sekundären Integrationsmodus“. In: Bude, Heinz/Willisch, Andreas (Hrsg.): Das Problem der Exklusion. Hamburg: Hamburger Edition. S. 70-93
- Lessenich, Stephan (2003): Der Arme in der Aktivgesellschaft – zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“. In: WSI-Mitteilungen (4): 214-220